

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

13. Ausgabe / 19. Jahrgang

Für Halle

28. Juli 2009

Der Kampf um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler geht in die nächste Runde.

Viele, die wir erreichen wollen, werden uns fragen, was DIE LINKE denn will. Antworten stecken im Bundestagswahlprogramm der Partei, das jetzt in jeder Basisgruppe und in jedem Zusammenschluss auf den Tisch gehört.

„Eigentlich wollte ich ja wählen gehen, aber dann ... war es doch so schön am Badeseesee, ... habe ich die Briefwahlunterlagen verschusselt, ... hat mich der Abgeordnete X ziemlich enttäuscht.“ Solche und ähnliche Bemerkungen haben viele von uns schon gehört. Im Wahlkampf zählt der Wähler eigentlich alles - und die Wählerin ebenso -, doch wer uns eben nur „eigentlich“ seine Stimme geben wollte, zählt letztlich nicht. Wenn immer mehr Menschen erst in letzter Minute ihre Wahlentscheidung treffen, wenn viele im Lager der Nichtwählerinnen und Nichtwähler landen, sollten wir nicht etwa mit dem Finger auf sie zeigen, sondern uns vielmehr mit demselben an die eigene Nase fassen. In aller Regel haben wir diese Menschen nicht überzeugt, mitunter haben wir sie enttäuscht - nicht sie haben ein Problem, sondern wir!

Der Wahlmarathon 2009 ist ein Etappenrennen, kaum durchs Ziel am 7. Juni, stehen wir wieder am Start. Am 30. August sollen uns im Saarland, in Sachsen, Thüringen und Nordrhein-Westfalen mehr Wählerinnen und Wähler ihre Stimme geben, als es jüngst dort zur

Europawahl taten. Überall wollen wir zur Bundestagswahl am 27. September zulegen und unser Brandenburger Landesverband will dann bei der Landtagswahl an das sehr gute Kommunalwahlergebnis anknüpfen. Auch den nächsten Abschnitt müssen wir planen und solide vorbereiten, auch für diese Etappe gilt es, uns selbst und andere wieder zu motivieren und zu mobilisieren. Nur dann werden aus „eigentlichen“ wirkliche Wählerinnen und Wähler.

Was will DIE LINKE? Diese Frage wird jede Kandidatin und jeder Kandidat, jede Wahlkämpferin und jeder Wahlkämpfer wieder und wieder zu beantworten haben. Die Antwort müssen wir uns gemeinsam erarbeiten, daran führt kein Weg vorbei. Ich halte es daher für unverzichtbar, dass sich die Genossinnen und Genossen in jeder Basisgruppe und in jedem Zusammenschluss jetzt die Papiere vom jüngsten Bundesparteitag zur Hand nehmen. Die Mühe, unser Wahlprogramm wenigstens einmal zu lesen, sollten wir alle uns machen, ungeachtet dessen, dass es eine Kurzfassung und diverse begleitende und erläuternde Papiere dazu geben wird. Überall, in jeder Gruppe, gehört das Wahlprogramm mindestens einmal auf die Tagesordnung, so dass alle Gelegenheit haben, dazu ihre Fragen los zu werden und gemeinsam Antworten zu finden. Zudem sind

vom Bundesparteitag auch die Reden unserer beiden Spitzenkandidaten veröffentlicht, bei Oskar Lafontaine und Gregor Gysi ist ein großes Reservoir sachlicher wie emotionaler Argumente zu finden. Unser Berliner Parteitag war nicht zuletzt dank der Kompromissfähigkeit und Kompromissbereitschaft vieler Einzelner und von Delegiertengruppen erfolgreich. So konnten komplizierte Fragen im Zusammenhang mit dem Wahlprogramm im Konsens und ohne Beschädigungen gelöst werden. Lasst uns in solchem solidarischen Geist in die nächsten Wahlkämpfe gehen! Ja, manchmal sind sich auch die Roten untereinander nicht grün, das ist eine Binsenweisheit. Das bleibt meist nicht unter uns, da funktionieren die Medien sehr verlässlich. Manches wird auch inszeniert werden. Darauf sollten wir eingestellt sein. Leider, leider glauben auch bei uns einige eher Medienmeldungen, als dass sie das übliche Unschuldsgebot gegenüber den eigenen Genossinnen und Genossen walten lassen und solidarisch sind. Vor allem mögen wir stets zuerst mit- statt übereinander reden.

Wir sind wieder auf Los, und dennoch sind Wahlen selbstverständlich kein Monopoly. Sie sind es vor allem deshalb nicht, weil wir konzentriert und zielstrebig für den Erfolg arbeiten. Also los!

Dietmar Bartsch

Zur konstituierenden Sitzung des Stadtrates am 1. Juli 2009

In der Bildzeitung prangte schon früh am 1. Juli die Überschrift „Alles klar in Halles neuem Stadtrat“. Und ausnahmsweise sollte sie Recht behalten!

Von harschen Diskussionen, Beschuldigungen und ähnlichem keine Spur! Außer bei der Veränderung der Hauptsatzung gab es kaum Diskussionen, alles lief entspannt! Im Vorfeld der Stadtratssitzung - und das muss man wissen, liefen bereits Gespräche der Fraktionsvorsitzenden mit dem Ziel, im Stadtrat unnötige und unschöne Diskussionen zu den „Zugriffen“ auf die Ausschüsse und zur Besetzung des Vorsitzenden und der StellvertreterInnen zu vermeiden.

Und so wurde der Vorsitzende des Stadtrates Harald Bartl (CDU) in geheimer Wahl wiedergewählt. Als Stellvertreter wurde Hendrik Lange (DIE LINKE.) und als zweite Stellvertreterin Hanna Haupt (SPD) in offener Abstimmung gewählt.

Wie schon erwähnt, wurden einige Änderungen in der Hauptsatzung des Stadtrates angenommen. So wurde u. a. beschlossen, dass der Hauptausschuss nur noch mit 11 Stadträten (bisher 15) arbeitet. Die Anzahl der sachkundigen Einwohner wurde in den Fachausschüssen dagegen erhöht. Damit ist die Möglichkeit gegeben, dass jede Fraktion im Stadtrat auch mindestens einen sachkundigen Einwohner entsenden kann.

Beschlossen wurde, dass alle bisherigen Ausschüsse des Stadtrates auch in der jetzigen Wahlperiode wieder arbeiten werden. Es gab im Vorfeld der Stadtratssitzung Überlegungen, den einen oder anderen Ausschuss „abzuschaffen“ bzw. Ausschüsse zusammenzulegen. Aber im Laufe der „Vorverhandlungen“ wurden diese Überle-

gungen nicht in die Tat umgesetzt. Unsere Fraktion wird in dieser Wahlperiode auch wieder drei Vorsitzende für Fachausschüsse stellen. Der Finanzausschuss wird von Dr. Bodo Meerheim, der Rechnungsprüfungsausschuss von Elisabeth Nagel und der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss von Ute Haupt geleitet.

Im Vorfeld der Diskussionen zu Ausschüssen der Stadt Halle (Saale) wurde aus unserer Fraktion heraus der Antrag auf einen eigenen Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsausschuss gestellt. Durch die Vorberatungen der Fraktionsvorsitzenden wurde deutlich, dass es keine Mehrheit für einen eigenen Ausschuss, aber ein Votum für einen Unterausschuss des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses gibt.

Um einen Unterausschuss überhaupt einrichten zu können, musste

die Hauptsatzung ebenfalls geändert werden. Unsere Fraktion stellte den Antrag, dass Ausschüsse zur Erfüllung ihrer Aufgaben Unterausschüsse bilden können, die beratend wirksam sind. Dieser Antrag fand eine Mehrheit.

Zusätzlich auf die Tagesordnung wurde eine Vorlage aufgenommen, die die Besetzung der Ausschüsse beinhaltet. Damit könnten die verschiedenen Ausschüsse im August ihre Arbeit aufnehmen.

Zur Kenntnis wurde die Vorlage „Neubesetzung von Aufsichtsgremien nach der Kommunalwahl“ genommen. Die Fraktionen haben jetzt die Möglichkeit, Vorschläge für die Besetzung der Aufsichtsgremien zu beraten, darüber abgestimmt werden soll in der nächsten Stadtratssitzung am 26. August 2009.

Ute Haupt,
Stadträtin

Die Fraktion DIE LINKE. hat in ihrer Fraktionsleitungssitzung am 29.06.2009 folgende SprecherInnen für die Fachgebiete festgelegt:

Sportpolitische Sprecherin	Dr. Petra Sitte
Verkehrspolitischer Sprecher	Uwe Heft
Sprecher für Wirtschaft, Umwelt, Planen	Dr. Uwe-Volkmar Köck
Finanzpolitischer Sprecher	Dr. Bodo Meerheim
Sprecherin für Jugend/ Soziales/ Gleichstellung	Ute Haupt
Bildungspolitischer Sprecher	Hendrik Lange
Kulturpolitischer Sprecher	Dr. Erwin Bartsch

Die SprecherInnen können, so wie in der Geschäftsordnung der Fraktion festgelegt, Arbeitskreise bilden.

Patente sollen Innovationen fördern, nicht verhindern!

Keine Patente auf Leben - Kritik an der Erweiterung des Patentrechts



Dr. Petra Sitte

Auf Erfindungen können, wenn sie neu sind, einer erfinderischen Tätigkeit entspringen und gewerblich anwendbar sind, Patente vergeben werden. Klassisch werden Verfahrens- und Stoffpatente unterschieden.

Über den Gegenstand des Patents wird - zeitlich begrenzt - ein Verfügungsrecht gewährt. Personen oder Firmen mit derartigen Rechten setzen also ein exklusives Verfügungsrecht oder genauer gesagt ein Monopol um. So nutzen sie das geschützte Wissen selbst oder sie verkaufen die Nutzungsrechte an andere.

Erfinder bzw. Inhaber dieser Rechte sollten so, Forschungs- sowie Investitionskosten wieder rein bekommen und Gewinne erwirtschaften. In dem Maße aber wie Wissen als Gegenstand dieser Patente in den letzten beiden Jahrzehnten an Bedeutung gewann, wurden diese Nutzungs- und Verfügungsrechte mehr und mehr ein Instrument zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen gegenüber anderen. Es ging immer weniger darum, neue Impulse für weitere Erfindungen zu setzen. Vielmehr werden diese zu-

nehmend blockiert, indem das Patentrecht erweitert und verschärft wurde und Patente mit bislang unbekanntem Reichweiten erteilt wurden.

Mit dem **Biopatentrecht** wurde in den 90er Jahren das Patentrecht auf biologisch-genetische Ressourcen erweitert. Das heißt, Grundlagen **des Lebens - auch des menschlichen** - werden zu Schutzgegenständen. Sie werden wie patentierte Erfindungen behandelt. Oft genug ist gar nicht mehr genau zu klären oder wird bewusst verschleiert, ob es sich nicht gar um Entdeckungen handelt. **Entdeckungen** hingegen sind nämlich **nicht** patentierbar!

Seit im Jahr 2000 in Europa Patente auf Pflanzen und Tierrassen erteilt werden, sollen 680 Patente auf Pflanzen und 320 auf Tiere vergeben worden sein. Zumeist handelt es sich um gentechnisch veränderte Organismen. Die Entwicklung tendiert immer stärker zur Patentierung von Genen, Gensequenzen und Zuchtverfahren. Das zeigen zahlreiche Anträge von Einzelpersonen und Unternehmen beim Europäischen Patentamt.

Was droht uns?

Der **absolute** Stoffschutz für gewonnene Gene samt ihrer Funktionen - selbst der noch unbekannt. Wem der „Code des Lebens“ gehört, ist eine zutiefst gesellschaftspolitische Entscheidung und nicht Gegenstand von Patentprüfungsverfahren! Dieser Einschätzung vieler Akteure und Verbände schließt sich DIE LINKE an. Entsprechende öffentliche wie auch parlamentarische Debatten sind un-

umgänglich!

Welche praktischen Folgen diese Patentrechtsentwicklung haben kann, zeigt ein Beispiel der vergangenen Jahre besonders deutlich. So wurde vor dem Europäischen Patentamt heftig gestritten, ob bspw. menschliche Gene, deren Mutationen zu erblichem Brustkrebs führen, patentierbar sind. Das ursprüngliche Patent bezog sich nämlich nicht nur auf das **technische Verfahren** zur Isolation der Brustkrebsgene. Vielmehr wurden die gewonnenen Gene selbst patentiert. Der Stoffschutz wurde dann auch noch erweitert und schloss alle **Verwendungen** der Gene ein. Dazu zählen Verfahren zur Diagnostizierung der Brustkrebsgene, Behandlungsverfahren und letztlich auch zu entwickelnde Arzneimittel.

Es ist wohl klar, dass damit vielfältige Forschungsansätze in der Medizin be-, wenn nicht gar verhindert werden. Gelänge als Behandlungsansatz das Ausschalten dieser Brustkrebsgene, dann hätten ForscherInnen an den Patentinhaber zahlen müssen. Gleiches würde auch für Entwickler von Arzneimitteln gelten.

Es kommt auf diese Weise zu so genannten **strategischen Patenten**. Man kann diese so bezeichnen, weil sie in nahezu allen Arbeits- bzw. Forschungsbereichen den Zugang blockieren, sofern nicht gezahlt wird bzw. gezahlt werden kann. In den USA gibt es Beispiele dafür, dass ForscherInnengruppen ihr Projekt eingestellt haben, weil sie nicht imstande waren, die hohen Patentkosten aufzubringen bzw.

einer Klage wegen Patentverletzung aus dem Weg gehen wollten. Dadurch verkehrt sich Patentschutz nun gänzlich ins Gegenteil. Und das unter Umständen mit tödlichem Ausgang!

Die letzte Bundesregierung hat zu Recht versucht, diesem ausufernden Stoffschutz mit dem Biopatentgesetz Einhalt zu gebieten. Zugleich jedoch war sie gezwungen, die teilweise gegenläufige und mit vielen Rechtsunsicherheiten behaftete EU-Biopatentrichtlinie umzusetzen. Das **bleibt** zu kritisieren.

Daraus resultiert ein Widerspruch. Dieser liegt nach wie vor darin, dass **im Unterschied zum umfassenden Stoffschutz**, den die EU-Biopatentrichtlinie gewährt, der klassische Patentschutz in Deutschland und Frankreich ein **funktionsgebundener Stoffschutz** ist. Das bedeutet, ein Patent wird nur auf ein konkretes Verfahren vergeben, in welchem das genannte Biomaterial zur Anwendung kommt. Wird ein anderes Verfahren auf Basis des gleichen biologischen Materials entwickelt, dann gilt der Patentschutz nicht mehr. Ein absoluter Stoffschutz für das biologische Material kann so ausgeschlossen werden. Nur ein funktionsgebundener Stoffschutz berücksichtigt angemessen die Eigenschaften von chemischen Stoffen und informationellem biologischen Material. Mit diesem Ziel muss die europäische Richtlinie präzisiert werden.

In einer Anhörung am 11. Mai 2009 wiesen Sachverständige die Bundestagsabgeordneten auf eine weitere bedeutsame Frage der

aktuellen Patentrechtspolitik hin. Diese bezieht sich auf einen Nachweis der geographischen Herkunft des verwendeten tierischen und pflanzlichen Materials. Das deutsche Patentrecht sieht das im Gegensatz zur EU-Richtlinie eigentlich vor. Aber selbst hier - so kritisierte die Vertreterin des Deutschen Patent- und Markenamtes aus München - versuchen Antragsteller, die Herkunft zu verschleiern.

Warum ist das so wichtig?

Weil sich ohne klare Herkunftsangaben weder die Länder des Trikonts noch betroffene indigene Völker effektiv gegen Biopiraterie wehren können. Sie hätten bspw. Anspruch auf gerechte Teilung von Konzernerträgen, die auf die Nutzung ihres traditionellen Wissens über heilende Pflanzen und deren Anwendung zurückgehen. Pharmaunternehmen reagieren aber auf diese Begehren nicht nur ignorant. Vielmehr isolieren sie aus derartigen Pflanzen die heilenden Stoffe oder Gene. Dann „bauen“ sie diese künstlich nach. Damit sind sie auf die Ursprungspflanzen überhaupt nicht mehr angewiesen.

Die indigenen Völker verlieren endgültig jegliche Chance, auf einen gerechten Anteil an der wirtschaftlichen Verwertung ihrer traditionellen Ressourcen.

Zwischenzeitlich mehren sich dazu zwar auch kritische Stimmen in der EU-Kommission. Sie formulieren ethische und forschungspolitische Bedenken. Die Kritik muss unterstützt werden, um eindeutige Regelungen in der EU-Biopatentrichtlinie zu erzwingen. Bis heute nämlich, hat sich die EU-Kommis-

sion vor einer Bewertung dieser Argumente gedrückt, geschweige denn eine Novellierung der Biopatentrichtlinie ernsthaft in Aussicht zu stellen.

Parallel dazu müssen auch internationale Abkommen geändert werden. So werden Wissen und geistige Eigentumsrechte durch das Europäische Patentübereinkommen (EPÜ) oder das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des Geistigen Eigentums (TRIPS) monopolisiert.

Besonders dramatisch sind die Folgen für landwirtschaftliche Entwicklung auf dem Trikont. So sind bei Züchtungsverfahren bspw. Anwender allgemein, aber eben insbesondere jene in Entwicklungsländern einem harten Sortenschutz ausgesetzt. Bauern zahlen hohe Summen für Saatgutlizenzen - auch für gentechnisch verändertes und patentiertes Saatgut - und stehen deswegen nicht selten vor existenziellen Problemen. Zugleich werden traditionelle Formen der Landwirtschaft, Selbstversorgung und Artenvielfalt massiv verdrängt. Daher fordert **DIE LINKE** die gezielte Erteilung von Zwangslizenzen. Damit Biopiraterie und Forschungsblockaden überwunden werden können. Damit diagnostische und therapeutische Anwendungen in der Medizin weiterentwickelt werden. Damit der Zugang zu Gesundheitsversorgung nicht von kaufkräftiger Nachfrage einerseits und Angebots- bzw. Preismonopolen andererseits bestimmt wird!

Die Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ sagt: „Medikamente sollten kein Luxus sein - patentgeschützte

Wahl - Nachlese

Am Abend des 7. Juni 2009 sah Die Linke lange Zeit wie der Sieger in der Kommunalwahl in der größten Stadt Sachsen-Anhalts aus. Doch die Auszählung der letzten 5 Wahlbezirke brachte die Wende zugunsten der CDU. Die Linke erreichte nicht die 1. Position im Stadtparlament. Linke und CDU erhalten im Stadtrat jeweils 14 Plätze - wie gehabt. Im Linken Blatt vom 9.6. wurde uns auf S. 1 „eine genaue Zusammenstellung der Wahlergebnisse“ für die folgende Ausgabe angekündigt. Die Ausgabe vom 23.6. blieb die Ergebnisse und eine Analyse schuldig. So wird Desinteresse an Wahlen gefördert!

Neustadt ist Spitze

Nach Angaben in einer mitteldeutschen Tageszeitung erreichte Die Linke im Wahlbereich 1 (Neustadt, Nietleben, Dölau) mit 31,3 % den höchsten Stimmenanteil. Danke den Genossen der BO Neustadt-West für ihre engagierte Arbeit. Geringen Stimmenzuwachs erhielt Die Linke in den Wahlbereichen 2 (Neustadt, Heide-Nord) und 5 (Südstadt, Silberhöhe, Ammendorf). In dem großen Wahlbereich 3 (Paulusviertel, Frohe Zukunft, Reideburg) erzielte unsere Partei lediglich 18,9 %.

Einspruch, Genosse Vorsitzender!

Im Linken Blatt vom 9.6. gab Genosse Swen Knöchel eine kurze Einschätzung der Kommunalwahl, der ich nicht zustimmen kann. Zentrale Aussage im 1. Teil des Artikels lautete: „Diese Botschaft kam an.“ Nach meiner Meinung ist das eine Fehleinschätzung! Bei wem kam denn unsere Botschaft an? 2/3 der Bürger der Stadt kamen überhaupt nicht zur Wahl. Von den Wählern entschieden sich ca. 25 % für die Kandidaten der Linken. Das sind etwa 10% der Wahlberechtigten. Haben wir Stimmen dazu gewonnen? Nein, Die Linke hat bei den Kommunalwahlen in Halle Stimmen verloren. Da kann m.E. nicht die Rede davon sein, dass die Botschaft der Partei bei der Bevölkerung angekommen sei.

Gut nachdenken

Im gleichen Artikel vertritt Gen. Knöchel die These: „Politik, die Sachzwang zur Maxime ihres Handelns erhebt, verliert eben an Rückhalt in der Bevölkerung.“ Mit anderen Worten: Die Wähler honorieren keine sachliche Politik. Von dieser Position ist es nicht weit bis zur Meinung: Die Wähler sind schuld. Anders wird ein Schuh aus der Sache! Es ist nicht ausreichend gelungen, den Hallensern zu erklären, warum sie ausgerechnet die Kandidaten der Linken wählen sollten, wem eine starke Linksfraktion im Stadtrat nutzt. Beim Nachdenken über den Stimmenverlust ist die Ursache nicht bei den Wählern, sondern bei der Partei zu suchen. Eine ordentliche Wahlanalyse kann dabei hilfreich sein.

Bundestagswahl im September

In einem hat Gen. Knöchel recht: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Zu beachten ist: Zur Bundestagswahl im September bestimmen andere Themenschwerpunkte als zur Kommunalwahl die Diskussion und das Wahlverhalten. Verkünden wir stolz: Links wirkt. Eine starke Linke verändert die BRD.

G.Nau

Medikamente sind aber oft unbezahlbar für Menschen in Entwicklungsländern“.

Und ich füge hinzu, dass auch hierzulande die Effekte dieser Entwicklung längst deutlich zu spüren sind. Man sehe sich nur einmal die Gewinnentwicklung großer Pharmaunternehmen an.

Schließlich stellt sich mit Biopatenten auch die Frage, nach dem effektiven Schutz von Persönlichkeitsrechten der SpenderInnen des biologischen Materials.

Es gibt immerhin zahlreiche Patentanmeldungen, in denen biologisches Material menschlichen Ursprungs Gegenstand ist. Hier schreibt die EU-Patentrichtlinie die >informierte Einwilligung< vor. Das heißt, SpenderInnen müssen vorab zu Zielen des Forschungsprojektes aufgeklärt worden sein und in die Verwendung ihrer Probeneingewilligt haben. Bestimmungen aber, wie diese Zustimmungen und Dokumentationspflichten konkret auszusehen haben, fehlen im deutschen Biopatentgesetz. Daher fordert DIE LINKE von der Bundesregierung, durch eine Gesetzesänderung Persönlichkeitsrechte und Daten von SpenderInnen zu schützen.

Fazit:

>Patente auf Leben< beschneiden unsere Selbstbestimmung mit existenziell negativen Folgen für jeden Menschen und die menschliche Gemeinschaft. Daher lehnt DIE LINKE die Ausdehnung privater Verfügungsrechte durch die Ausdehnung des Patentrechts auf biologisch-genetische Ressourcen ab.
Petra Sitte

Einladung zum Treffen der kommunalen Amts- und MandatsträgerInnen, Kurhaus Bernburg, 29. August 2009, 10.00 Uhr, Solbadstraße 2.

Nach dem Ende der „Sommerpause“ und vor der Bundestagswahl soll das Treffen der kommunalen Amts- und MandatsträgerInnen die Möglichkeit bieten, gemeinsam die erreichten Ergebnisse auszuwerten und miteinander einen Blick auf die von uns zu leistende Arbeit zu werfen.

Schwerpunkte der Veranstaltung werden sein:

- * Auswertung der Europa- und der Kommunalwahlen vom 7. Juni 2009 in Bezug auf die am 27. September 2009 stattfindende Bundestagswahl durch den Landesvorsitzenden der Partei **DIE LINKE. Matthias Höhn (MdL)**.
- * **Bundes- und Kommunalpolitik gemeinsam denken.** Mit Redebeiträgen von **Katrin Kunert (MdB)** zur öffentlichen Daseinsvorsorge, zur Bildung und zur Sozialpolitik; von **Roland Claus (MdB)** zum Bereich Haushalts- und Finanzpolitik und der Rolle der Sparkassen in den Kommunen sowie **Harald Koch (Mansfeld-Südharz)** zur kommunalen Wirtschaftspolitik
- * Aktuelle Probleme der Kommunal- und Landespolitik in Sachsen-Anhalt - Anforderungen der LINKEN an eine neue Bundespolitik. Ausblick auf die gemeinsam zu leistende Arbeit.
- * Bedeutung kontinuierlicher kommunalpolitischer Bildung für eine erfolgreiche politische Arbeit in den kommunalen Vertretungen. Vorstellung des „kommunalpolitischen forum“ Sachsen-Anhalt e. V. und seiner Weiterbildungsangebote für kommunale MandatsträgerInnen im Jahr 2009.

Anmeldungen sind über das kommunalpolitische Forum bis zum 21. August 2009 möglich.

Fraktion DIE LINKE
im Landtag von Sachsen-Anhalt
z.Hd. Herrn Karsten Köpp
Domplatz 6-9
39104 Magdeburg

Fax: 0391/ 560-5008
E-Mail: koepp@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Einschätzung des Juni-Preisskat

55 Teilnehmer nahmen am Sommerpreisskat, dem letzten Turnier vor der Sommerpause teil. Wiederum wurde damit der Aufwärtstrend unserer Skatturniere bestätigt.

Erneut gab es jedoch wieder Diskussionen zur Erweiterung der Turniere. Deshalb möchten wir noch einmal deutlich machen, wir bleiben bei unserem bisherigen Rhythmus alle 2 Monate, also 6 Mal je Jahr, weil jeder Aufwand darüber für uns einfach zuviel ist.

Nun zu den Ergebnissen:

Erster mit 2292 Punkten wurde Hansi Hermann, dafür nahm er 35 Euro in Empfang. Zweiter mit 2180 Punkten wurde Andreas Woitunas, dafür erhielt er 30

Euro. Dritter mit 2083 Punkten wurde Helmut Mertins, dafür gab es 25 Euro und schließlich Vierter mit 1970 Punkten wurde Arno Buntrock, dafür nahm er noch 10 Euro in Empfang. Alle anderen erhielten gestaffelt wie immer Sachpreise in freier Auswahl.

Die Atmosphäre war erneut ausgezeichnet. Und sie wurde unterstützt durch die wiederum hervorragende Betreuung durch das Kollektiv des Hauses, unter Leitung von Wolfram. Der nächste Preisskat ist nun am Freitag, dem **11. September** zur gewohnten Zeit. Wir wünschen allen unseren Skatfreunden bis dahin einen erholsamen Urlaub.

Eure Skatfreunde Rüdiger Schneidewind
und Hans Stollberg

Buchtipps:

Geheimer Bericht über die Verbrechen im Warschauer Getto

Von Rudolf Scholz

Verleger Joachim Jahns schreibt ein Buch über die zwiespältige Karriere des SS-Mannes Franz Konrad. Bei Recherchen zur Geschichte des Warschauer Gettos fällt dem Autor und Verleger Joachim Jahns ein unveröffentlichter Augenzeugenbericht in die Hände, der brisante Fakten zur Errichtung und Liquidierung des Gettos enthält. Dessen Verfasser ist der SS-Hauptsturmführer Franz Konrad, Leiter der „Werterfassungsstelle“ des Gettos, verantwortlich für die Beschlagnahme und Plünderung des jüdischen Eigentums. Die Umstände, wie Konrad in amerikanische Gefangenschaft gerät, tragen skurrile Züge. Er ist im Besitz des Koffers mit den Hinterlassenschaften von Adolf Hitler und Eva Braun. Er verfügt über Fotos von der Liquidierung des Gettos sowie über ein Exemplar des berüchtigten, aus dem Besitz des SS-Chefs Himmlers stammenden „Stroop“-Berichts, der die Verbrechen bei der Niederschlagung des Gettos dokumentiert. Alle diese Dokumente übergibt Konrad den Amerikanern. Die Vernehmer lassen ihn in dem Glauben, ihn als Zeugen für den Nürnberger Prozess zu brauchen, liefern Konrad jedoch, als er sein gesamtes Wissen preisgegeben hat, an Polen aus. Gemeinsam mit dem „Henker von Warschau“, dem SS-General Jürgen Stroop, wird er 1952 als Kriegsverbrecher gehängt. Der von Jahns erstmalig publizierte „Konrad“-Bericht ist eine Informationsquelle von bestürzender Authentizität. Hier sagt ein Insider aus, der über ge-

naueste Detailkenntnis verfügt. Nach anfänglichen Skrupeln erwirkt er von seinen Vorgesetzten die Genehmigung, jüdische Arbeitskräfte für die Rüstung heranzuziehen und Betriebe zu übernehmen, in denen er bis zu 4000 jüdische Facharbeiter beschäftigt. Ein zweiter Oskar Schindler? Wohl kaum.

Doch als die Transporte in die Vernichtungslager in ihre Endphase treten, stellt sich Konrad schützend vor „seine“ Juden. Er versagt SS-General Stroop die Gefolgschaft, nutzt jedoch den Umstand, dass er sich ständig in dessen Nähe aufhalten muss, um mit Fotos die mit der Liquidierung des Gettos einhergehende Orgie der Exekutionen zu dokumentieren. Führer gläubig bis zuletzt, gehört Konrad zu den wenigen SS-Offizieren, die die Verbrechen kritisch reflektieren. Joachim Jahns stellt dem ungekürzten Bericht eine umfangreiche, mit Leidenschaft betriebene Recherche voran. Er zeichnet die Karriere des „Gettokönigs“ Konrad nach. Er hinterfragt auch Zusammenhänge, die zur späteren Legendenbildung über den jüdischen Widerstand beitragen. So dokumentiert er, wie der jüdische Historiker Majer Balaban von einer jüdischen Widerstandsgruppe als angeblicher Kollaborateur hingerichtet wurde.

Karriere der Vorgesetzten

Franz Konrad war Mitwisser geheimer Operationen, die die Amerikaner unter Verschluss halten wollten. Aufschlussreich in diesem Zusammenhang, dass Jahns hochrangige Vorgesetzte Konrads namhaft machen kann, die - wie Kurt Becker, der letzte „Reichskommissar für sämtliche Konzentrationslager“ - für ihre Verbrechen nie zur

Verantwortung gezogen wurden und in der Bundesrepublik weiter Karriere machen konnten.

(Der Autor des Artikels, der in der „Sächsischen Zeitung vom 14. Juli 2009 erschienen ist, Rudolf Scholz, ist gleichzeitig Autor des linken Schlesienromans „Die Schwalben der Kindheit“.

Joachim Jahns:

Der Warschauer Ghettokönig Dingsda-Verlag, 230 S., Preis: 24,80 Euro. Das Buch ist lieferbar und kann auch über Verlag & Verlagsservice Schneidewind, Tel: (0345) 5170956 bezogen werden.

50 Jahre Im Auftrag des Geldes

Der Finanzexperte, einst jüngster Bankdirektor der DDR, später Berater der Bundesregierung, mischt sich immer wieder in die Debatte um die wirtschaftliche und politische Gestaltung der deutschen Einheit ein. Wird der Aufbau-Ost zum Absturz-West, wie der SPIEGEL behauptet? Sind die Folgen der Deindustrialisierung 1990 aufzufangen - und wie? Most spitzt zu. „Der Osten verdummt, verarmt und vergeist“, warnt er. Manche halten Wachstumskeme und sogenannte Leuchttürme für eine Lösung. Was aber wird aus dem ganzen Osten? Stoff genug für einen Mann, der in der DDR groß geworden ist und sich nicht hat klein machen lassen und den Vorurteilen über den Osten trefflich begegnen kann.

Edgar Most „Fünfzig Jahre im Auftrag des Kapitals - Gibt es einen dritten Weg?“

Erscheinungsdatum: 03.2009, 288 Seiten, 12,5 cm x 21 cm, Preis: 19.90 EURO. ISBN 978-3-360-01960-8.